

Vergessener Krieg in einem 'Paradies'

Text und Fotos von Walter Keller



Tamilische Flüchtlinge kehren aus Indien zurück. Freiwillig, behaupten die Behörden, und die versammelte Polizei soll wohl nur beim Ausladen des Gepäcks helfen.

Die Pier im Hafen von Trincomalee füllt sich allmählich mit schwerbewaffneten Polizisten. Sie tragen Munitionsgürtel und umklammern fest ihre AK-47, die legendäre Kalaschnikov, die sonst der Armee vorbehalten ist. Dazwischen steht der Brito Rod Slip vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), der zusammen mit anderen Mitarbeitern in den nächsten Tagen viel Arbeit bekommen wird.

Hier im Nordosten Sri Lankas, wo sonst Weizen für die Mühlen der 'Prima Flour Mill' gelöscht wird, soll heute eine ganz andere Fracht 'abgefertigt' werden: 1.300 tamilische Flüchtlinge werden zurückerwartet. Sie alle hatten lange im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu eine Zuflucht gefunden, jetzt kehren sie zurück, so wie schon 30.000 vor ihnen, die bereits im vergangenen Jahr

kamen. Kein Zweifel: Indien will zumindest einen Großteil der insgesamt fast 200.000 tamilischen Flüchtlingen wieder loswerden, von denen viele bereits seit 1983 im Bundesstaat Tamil Nadu leben. Sie waren nach den anti-tamilischen Pogromen desselben Jahres meist mit kleinen Fischerbooten ins rettende Südindien geflüchtet, andere waren später gekommen, nachdem ihre Heimatgebiete zu Kriegszonen wurden.

Jahrelang konnten sie auf die große Sympathie und Hilfe der Inder bauen. Damit ist es jetzt vorbei. "Die Rückführungsaktion der Inder ist Ausdruck einer veränderten Politik der indischen Regierung nach dem Attentat auf Rajiv Gandhi vor gut zwei Jahren und der vermuteten Täterschaft der tamilischen 'Befreiungstiger' (LTTE), die - so behauptet es Indien - auch in den Flücht-

lingslagern aktiv war", meint R. Cheran, Mitarbeiter des 'International Centre for Ethnic Studies' in Colombo. Die Entscheidung Indiens stehe ausschließlich in Zusammenhang mit nationalen Sicherheitserwägungen und sei nicht Ausdruck einer Auffassung, Flüchtlinge könnten wegen der verbesserten Lage im Heimatland dorthin zurückgeführt werden. Indien, wo die LTTE zwischenzeitlich verboten ist, bestrafe mit der Rücksendung kollektiv Zehntausende, die nun eine ungewisse Zukunft vor sich hätten. Viele europäische Länder, in denen Tamilen als Asylbewerber leben, sehen vermutlich die Vorreiterrolle Indiens nicht ungerne: Schon öfter wurde gemunkelt, wenn Indien zurückschicke, könnten auch die Schweiz, die Bundesrepublik oder etwa Frankreich mit Rückführungsaktionen von Tamilen beginnen.

Dazu ist es bisher allerdings noch nicht gekommen.

Mittlerweile hat die MS 'Nicobar' festgemacht. Das große Personenschiff verkehrt normalerweise zwischen dem südindischen Madras, den in Richtung Malaysia liegenden indischen Inselgruppen der Andamanen und Nicobaren oder auf der Westasien-Linie. Für diese Fahrt hat sie der UNHCR gechartert, von dessen Vertretern das Rückführungsprogramm zumindest auf srilankischer Seite überwacht wird. Die ersten Menschen sind zu erkennen, die sich im 'Bauch' des Schiffes befinden. Aus den kleinen runden, etwas trüben Seitenfenstern drücken sich bereits einige Kinder die Nasen platt und schauen gespannt heraus. Kurze Zeit später schreiten die ersten vorsichtig die steile Landebrücke hinunter, mit Koffern und Bündeln bepackt. Viele Frauen tragen Kleinkinder auf dem Arm, mindestens zwei Frauen sind hochschwanger. Auch etliche alte Leute sind dabei, die sich fest an einen langen Stock klammern.

Kritik am Rückführungsprogramm

'Reverse flow of Tamil Refugees', umgekehrter Flüchtlingsstrom, nennt In-

dien euphemistisch ein Programm, das seit seinem Beginn Anfang 1992 schon mehrfach heftiger Kritik ausgesetzt war. Auch anlässlich der jüngsten Repatriierungswelle haben Menschenrechtsorganisationen wie 'Asia Watch' aus den USA die indische Regierung aufgefordert, den Rückführungsprozeß zu beenden. Die Organisation behauptet, Flüchtlinge würden letztendlich durch eine von den indischen Behörden zu verantwortende Verschlimmerung ihrer Lebensbedingungen in indischen Lagern zur Rückkehr nach Sri Lanka gezwungen. Der UNHCR-Vertreter in Colombo, der Österreicher Dr. Peter Nicolaus, sieht das anders. Die Flüchtlinge kämen freiwillig, dies hätten Überprüfungen des UNHCR im südindischen Madras vor ihrer Ausreise ergeben. Für viele der 30.000, die im letzten Jahr zurückgekehrt sind, sei dies vielleicht nicht der Fall gewesen: "Die Inder haben die Tamilen damals zum Teil mit brennenden Zigarettentippen tracktiert, um sie auf das Schiff zu zwingen. Jetzt ist die Lage jedoch viel besser." Der UNHCR habe zwar noch keinen Zugang zu den zahlreichen Flüchtlingslagern, die indische Regierung würde der Organisation mittlerweile jedoch gestatten, in einem

Sammellager Umfragen durchzuführen, in das alle Flüchtlinge aus den verschiedenen Gebieten des Bundesstaates vor Ausreise zusammengeführt werden, stellt der Nepalese Thapa fest, der für den UNHCR in Madras arbeitet.

Die Rückfrage bei den Flüchtlingen nach ihrer Ankunft in Trincomalee ergibt kein einheitliches Bild. Einige erzählen, sie seien froh, wieder in der Heimat zu sein. Niemand habe sie gezwungen. Andere sprechen jedoch die seit dem Attentat auf Rajiv Gandhi schlechte Behandlung durch die indischen Behörden an, von denen sie teilweise "wie der letzte Dreck" behandelt worden seien. Sie berichten über die Verschlechterung der Lage in den Lagern und von zahlreichen Schickanen der Behörden. Der ganze Ärger und viele Demütigungen hätten sie zur Rückkehr nach Sri Lanka veranlaßt. Einige der Gesprächspartner haben nur wenig Vorstellungen davon, was sie nun im Heimatland erwartet, obwohl sie angeblich bereits in Indien über die Verhältnisse zuhause aufgeklärt worden sind. "Wird man hier nach uns schauen, uns helfen? Wer gibt uns zu essen?", fragt besorgt ein alter Mann. Viele von denen, die nach einigen Tagen Verwaltungs-



Transitlager für die Rückkehrer in einem ehemaligen Touristenhotel in Trincomalee.



Nach der Ankunft in Sri Lanka werden die Flüchtlinge registriert. Alle besitzen 'Flüchtlingspapiere', die in Indien ausgestellt wurden.

prozedur und Zwischenstation in einem zum Übergangslager umfunktionierten ehemaligen Touristenhotel dann per Bahn in Richtung der westlich liegenden Distrikte Mannar und Vavuniya geschickt werden, haben kaum die Möglichkeit, sich in ihren ehemaligen Siedlungsgebieten wieder anzusiedeln. Vermutlich werden sie schon bald in dem vom UNHCR eingerichteten Flüchtlingslager in Vavuniya landen und dort ein neues Flüchtlingsdasein fristen.

Im Idealfall sollten die Rückkehrer in den Landesteilen wiederangesiedelt werden, die als sogenannte 'cleared areas' bezeichnet werden, d.h. in den Gebieten, die von den Streitkräften kontrolliert werden. Wie sich allerdings immer wieder zeigt, können solche Gebiete oft nicht über einen längeren Zeitraum von den Streitkräften gehalten werden. Die Fronten wechseln ständig. So haben sich zum Beispiel auf dem Mannar-Festland die Regierungstruppen in den vergangenen Wochen sukzessive in Gebiete um die beiden Armeelager von Thallady und Vankalai zurückgezogen und überlassen der LTTE wieder das Terrain. Die dort angesiedelten Ex-Flüchtlinge leben dann erneut in einem militärisch umkämpften Spannungsbereich und müssen Schutz in

einem Flüchtlingslager suchen.

Solche Zustände werden auch von lokalen und internationalen Hilfsaktionen kritisiert, die in der Flüchtlingsarbeit tätig sind. In einem internen Bericht der norwegischen Organisation 'FORUT' heißt es: "Es wurde davon berichtet, daß 120 Familien, die nach Mannar geschickt wurden, ins (südlich, W.K.) gelegene Puttalam gegangen sind, weil sie in Mannar nicht leben konnten... Viele davon leben dort jetzt ohne Hilfe. Die Familien befinden sich in einer sehr schwierigen Situation..". Und die britische Organisation 'Save the Children Fund' berichtet über die Lage in Mannar: "Letzten Monat (Mai 1993, W.K.) war die Lage sehr schlecht dort. Es gab eine ganze Anzahl von Zwischenfällen, wie sie vorher noch nicht registriert wurden. Die Armee hat die Stadt (Mannar, W.K.) beschossen. Dies war für alle sehr überraschend, weil doch die Stadt von der Armee kontrolliert wird. Viele flüchteten, sie konnten nur mit großer Mühe dazu bewogen werden, zurückzukehren...".

Schwer werden es auch die etwa 100 Familien haben, die aus dem Osten stammen und soeben die 'Nicobar' verlassen haben und nach vielen Jahren

wieder srilankischen Boden betreten. Auch im Osten ist man von Normalität noch weit entfernt. Schon das Auftreten der Polizei an der Pier im Hafen zeigt, daß hier bei weitem nicht alles so normal ist, wie die Regierung immer wieder behauptet. Obwohl sich die Lage in dieser Region der Insel im Vergleich zu den Vorjahren entspannt hat, kommt es nach wie vor zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den tamilischen 'Befreiungstigern' und den Sicherheitskräften, unter denen immer wieder Zivilisten leiden.

Obwohl sich die LTTE in den letzten Monaten zunehmend in die nördlichen Kampfgebiete zurückgezogen hat, ist sie jederzeit in der Lage, durch Einzelaktionen für Unruhe zu sorgen. "Die Streitkräfte kontrollieren allenfalls die Städte sowie die Gebiete, die in unmittelbarer Nähe der wichtigen Straße entlang der Küste liegen", meint Joseph Pararajasingham, tamilischer Parlamentsabgeordneter der 'Tamil United Liberation Front' (TULF). In diesem Zusammenhang wolle er noch darauf hinzuweisen, daß immer noch mehrere Tausend Fälle von 'Verschwundenen' aus der Vergangenheit nicht aufgeklärt seien und viele Eltern weiterhin nach ihren Kindern

suchten, die wahrscheinlich nicht mehr lebten. "Der Osten kann nur durch massive Militär- und Polizeipräsenz gehalten werden", behauptet der Abgeordnete.

Obwohl Städte wie Trincomalee und Batticaloa an der Oberfläche für sri-lankische Verhältnisse derzeit ziemlich normal erscheinen, liegen auf der Strecke zwischen Habarana, dem Ausgangspunkt für eine Fahrt in den Osten, und Trincomalee oder Batticaloa jeweils mehr als zehn Kontrollposten der Polizei und Armee. Für den zivilen Verkehr sind die beiden Strecken sowieso nur zwischen 8.30 und 16 Uhr geöffnet. Nach Sonnenuntergang gehören die Straßen den Streitkräften und der LTTE. Auch innerhalb der Städte ist die starke Präsenz der Streitkräfte unübersehbar.

Flüchtlingsproblem wird verstärkt

Menschenrechtsorganisationen in Colombo weisen darauf hin, daß die Repatriierung von Tamilen aus Indien nicht zuletzt auch das Binnenflüchtlingsproblem weiter verstärkte. Nach den letzten vorliegenden offiziellen Zahlen befinden sich insgesamt 256.509 Personen in 531 Flüchtlingslagern, die offiziell als 'welfare camps' bezeichnet werden. Davon sind die allermeisten Tamilen (233 auf der Jaffna-Halbinsel, sieben in Mannar, zehn in Kilinochchi, acht in Vavuniya, 26 in Trincomalee, 25 in Batticaloa, 22 in Amparai, 25 in Mullaitivu, 10 in Colombo, 37 in Kurunegala, 50 in Anuradhapura - vorwiegend für Sinhalesen -, 13 in Pollonaruwa, drei in Matale und 62 in Puttalam - vorwiegend für Moslems. Weitere 356.765 Personen leben als Flüchtlinge außerhalb von Flüchtlingslagern, oft bei Verwandten oder Freunden und beziehen Nahrungsmittelrationen durch den Staat).

Gibt es eine politische Lösung?

Auch nach dem Attentat auf Präsident Ranasingha Premadasa am 1. Mai 1993 und der Amtsaufübernahme des neuen Präsidenten, D.B. Wijetunga, gibt es in Sri Lanka keine konkreten Anzeichen für eine politische Lösung des Volksgruppenkonflikts. Ein parlamentarischer Ausschuss zur Lösung des Konfliktes ('Parliamentary Select Committee') ist kürzlich wohl zu seinem endgültigen Ende gekommen, ohne das ein Durchbruch erzielt werden konnte. Schon Monate vor dem jetzigen Ende hatten alle an den Beratungen teilnehmenden tamilischen Parteien (die LTTE war nicht vertreten) bereits aus Protest das Komitee verlassen, weil man sich abermals "verschaukelt" fühlte und keine Bereitschaft von den beiden großen sinhalesisch dominierten Parteien, der regierenden 'United National Party' und der

größten Oppositionspartei, der 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP) erkennen konnte, auf die Minimalforderungen der Tamilenparteien einzugehen. "Wir fragen uns natürlich, ob denn diese beiden von der sinhalesischen Mehrheitsbevölkerung dominierten Altparteien überhaupt die Lösung eines Problems wollen, an dem sie maßgeblich die Schuld tragen", meint der Parlamentsabgeordnete Suresh Premachandran von der 'Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front' (EPRLF), der Hauptkonkurrentin der LTTE, die jedoch vor einigen Jahren dem bewaffneten Kampf abgeschworen hat und sich seither über den parlamentarischen Weg für die Rechte des tamilischen Volkes einsetzt.

Auch die Initiative in Richtung einer internationalen Vermittlung zwischen den Konfliktparteien, die von dem in Kanada beheimateten 'World Council for Global Cooperation' kam (der Organisation gehören vier Nobelpreisträger an), wurde von der Regierung zurückgewiesen. Die Friedensinitiative sieht die Einladung eines Sondergesandten der Vereinten Nationen durch Regierung und LTTE vor, um zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Der Sprecher des Präsidenten, K.H.J. Wijayadasa, hat die Vermittlungsbemühungen mit den Worten: "Wir haben keinen Volksgruppenkonflikt sondern ein Problem mit Terroristen" abgelehnt, was von tamilischer Seite hart kritisiert wurde. "Von Politikern, die solche Äußerungen machen, kann man keine Lösung erwarten", kritisiert enttäuscht der TULF-Abgeordnete Pararajasingham.

Ob sich an dieser Situation etwas durch Äußerungen des tamilischen Ministers Thondaman gegenüber der Presse Anfang September ändern wird, muß abgewartet werden. Ohne Details zu nennen, hatte der von einer Europareise zurückgekehrte Minister von seiner Zusammenkunft mit dem Europavertreter der LTTE, Lawrence Thilakar, in Paris berichtet und in diesem Zusammenhang von einem Friedensplan gesprochen. Thondaman war bereits im letzten Jahr mit einem Friedensplan an die Öffentlichkeit getreten, der jedoch nach Protesten sinhalesisch-chauvinistischer Organisationen und Teilen der Medien von der Regierung nicht weiter verfolgt wurde.

Militarisierung

Die neue Regierung setzt weiterhin primär auf eine militärische Vorgehensweise gegenüber der LTTE. So hat sie im August weitere 10.000 neue (sinhalesische) Soldaten rekrutiert, wobei das Mindestalter auf 17 Jahre gesenkt, die Ausbildungsqualifikationen auf den Abschluß der 5. Klasse reduziert und die

notwendige Körpergröße der Bewerber um einige Zentimeter herabgesetzt wurden. Derzeit befinden sich etwa 70.000 Soldaten in der Armee - bis Januar 1994 sollen weitere 30.000 hinzukommen -, 10.000 in der Marine, 8.000 in der Luftwaffe. Hinzu kommt eine Polizeistärke von 30.000 Mann, wovon 3.000 Mann der anti-Terroreinheit 'Special Task Force' (STF) angehören. Die 'National Auxiliary Force' (NAF) hat eine Personalstärke von 12.000, die Bürgerwehren (home-guards), die vor allem in den 'Grenzgebieten' im Osten im Einsatz sind, umfassen 15.000 Personen. Im Osten sind in den letzten Jahren außerdem eine große Zahl sinhalesischer und moslemischer Zivilisten von der Regierung bewaffnet worden.

So deutet alles auf die Fortsetzung militärischer Auseinandersetzungen vor allem im Norden hin, wo es seit Anfang Oktober wieder zu einer Großoffensive der Regierungstruppen kommt, bei der mehrere Hundert Menschen - vielfach Zivilisten - getötet wurden. Dort setzen die Streitkräfte bei ihren Angriffen immer häufiger auch schweres militärisches Gerät ein, was vorwiegend aus China, Argentinien und den Ländern des früheren Ostblocks kommt. Und auch Großbritannien hat sein Embargo im November 1992 aufgehoben. Zur Ausrüstung zählen T54 und T55 Kampfpanzer, 76, 85 und 88 mm Feldhaubitzen, russische Mi-8 und amerikanische Bell Kampfhubschrauber, italienische SIA Marchetti Flugzeuge und argentinische 'Puccara' Kampfflugzeuge, mit denen immer wieder tamilische Gebiete im Norden bombardiert und damit für Aktionen 'bestraft' werden, die auf die LTTE zurückgehen.

Aber auch im Osten, vor allem in den umstrittenen 'Grenzgebieten' im Nordosten, in denen die Regierung schon seit Jahren Sinhalesen ansiedelt, kommt es weiterhin zu militärischen Zwischenfällen. Die letzte größere Attacke der LTTE ereignete sich Ende Juli als 250 bis 500 Kämpferinnen und Kämpfer das Armeelager von Janakapura im Weli Oya Gebiet überrannten und einnahmen. Nur 14 Soldaten konnten Presseberichten zufolge aus dem Lager entfliehen, der Rest - 42 Soldaten - wurde vermutlich getötet. Die LTTE erbeutete Waffen im Gesamtwert von 50 Millionen Rupien (15 Millionen Mark). Im Anschluß an die Attacke kam es noch zu Überfällen auf die im Gebiet lebende sinhalesische Zivilbevölkerung. Die militärische Niederlage wurde in Teilen der Presse als die "bisher schlimmste Niederlage für die Armee" bezeichnet. In einem Beitrag in der 'Sunday Times', Colombo, vom 8. August heißt es: "... Präsident Wijetunga hat dem Militär nun befohlen, in die Offensive zu gehen..."

Medienkampagnen

Das Klima in Zusammenhang mit der 'national question' - so wird der Volksgruppenkonflikt im Land bezeichnet - wird auch von der einseitigen Berichterstattung durch Teile der Presse beeinflusst und 'vergiftet'. So wurde die Friedensinitiative aus Kanada vor allem aber in der sinhalaischen Presse als von der LTTE gesteuert diskreditiert und als ein Komplott der LTTE bezeichnet, durch internationale Vermittlung zu einer Statusaufwertung gelangen zu wollen. 'Divayina' - auflagenstärkste Tageszeitung - ist auch das Sprachrohr für sinhalaisch-chauvinistische Gruppierungen und anti-tamilische Propaganda. In einem Beitrag in 'Divayina' Ende August 1993 wird über die zu diesem Zeitpunkt gerade laufende Rückkehr der tamilischen Flüchtlinge aus Indien berichtet. In der großen Schlagzeile - die sicherlich zahlreiche Sinhalaisen beunruhigt haben wird - heißt es: "Ausgebildete LTTE-Kämpfer kehren als Flüchtlinge verkleidet nach Sri Lanka zurück". Zunehmend werden gerade von dieser Zeitung auch internationale Organisationen wie der UNHCR oder auch das Internationale Rote Kreuz als Instrumente der LTTE bezeichnet.

Tamilen sind ohne echte Führung

Wenn im sinhalaischen Parteien- und Personenspektrum derzeit niemand auszumachen ist, von dem eine Lösung erwartet werden könnte, sieht es auf tamilischer Seite kaum besser aus. Parteipolitik ist in den von Tamilen besiedelten Gebieten schon seit Jahren nicht oder kaum mehr möglich. Die 'Befreiungstiger' beanspruchen für sich weiterhin ein Alleinvertretungsrecht, die Konkurrenz ist in den letzten Jahren brutal ausgeschaltet oder vertrieben worden. De facto ist das tamilische Volk seit langem ohne politische Vertretung, obwohl es seit der letzten Parlamentswahl von 1989 mehrere tamilische Abgeordnete gibt, die jedoch in Opposition zur LTTE stehen und sich wegen der Gefahr für Leib und Leben deshalb überwiegend in Colombo aufhalten. So bleiben für Tamilen im Norden (und eingeschränkt im Osten) eigentlich nur die 'Befreiungstiger', zu denen viele eine Art "Haß-Liebe" verspüren. Einerseits glauben sie, diese militärisch schlagkräftige Guerillaorganisation zu brauchen, damit sich die Regierung in Colombo überhaupt noch mit ihren Autonomieforderungen beschäftigt. "Ohne die Befreiungstiger hätte man uns schon längst überrannt", hört man von tamilischer Seite immer wieder als Argument dafür, daß die LTTE auch weiterhin unterstützt werden müsse. Andererseits werden die Terrormethoden von den meisten wohl kaum für gut

geheißt, mit denen die 'Befreiungstiger' zunehmend vorgehen. Abgesehen von den Angriffen gegen Moslems (siehe 'Südasiens', 1-2/93) schalten sie auch tamilische Oppositionelle und Deserteure aus und exekutieren sie in aller Öffentlichkeit, was internationale Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international bereits mehrfach kritisiert haben. "Die Menschen im Norden können so etwas nicht kritisieren, weil sie Angst um ihr Leben haben", meint ein Tamile, der seit einiger Zeit in Colombo lebt. Trotz aller Terrormethoden scheint die LTTE jedoch weiterhin Zulauf vor allem aus der tamilischen Jugend zu erhalten, die nur noch im Kampf gegen das verhaßte Regime und seine Soldaten, die immer wieder für Vergeltungsanschläge und Massaker an unschuldigen Zivilisten verantwortlich sind, eine Perspektive sehen. Ein Universitätsprofessor aus Jaffna, der ungenannt bleiben möchte, bringt die Lage auf den Punkt. "Solange man uns Tamilen keine akzeptable politische Lösung unserer Probleme anbietet, ist vor allem auf der Jaffna-Halbinsel weiterhin genügend Platz und Unterstützungspotential für die LTTE vorhanden."

Szenenwechsel: Colombo und seine Tamilen

Wegen der militärischen Auseinandersetzungen in der Nordostregion, aber auch wegen der Brutalität der LTTE, sind in den vergangenen zwei Jahren zehntausende Bewohner dieser Gebiete in die südlicheren - überwiegend von Sinhalaisen bewohnten Landesteile geflüchtet. Sie leben dort in Flüchtlingslagern, bei Verwandten und Bekannten oder in Hotels und kleinen Absteigen, 'lodges' genannt. Ihre Sicherheit ist allenfalls relativ: Täglich werden Tamilen von der Polizei, die angeblich auf der Suche nach eingedrungenen LTTE-Kämpferinnen und Kämpfern ist, aufgrund der repressiven Gesetze wie dem 'Prevention of Terrorism Act' (Anti-Terrorismus-Gesetz) und den 'Emergency Regulations' (Notstandsgesetze) verhaftet. Berichten zufolge sind allein seit Anfang des Jahres mindestens 8.000 Personen im Großraum von Colombo verhaftet worden. Obwohl die meisten nach einigen Stunden oder wenigen Tagen wieder freigelassen werden, bleibt das Schicksal der anderen ungewiß. Mit welcher Willkür die Sicherheitskräfte vorgehen, geht aus einem Bericht der kritischen sinhalaischen Wochenzeitschrift 'Yukthiya' hervor. In ihrer Ausgabe vom 25. Juli 1993 schildert der tamilische Journalist Baskaran unter der Überschrift: "Der Staat zeigt dem Tamilen Baskaran, wo es lang geht"

seine Erlebnisse. "Es war gegen 22.30 Uhr. Ich hatte gerade gegessen und unterhielt mich mit meinem Schwager, der vor kurzem aus dem Ausland zurückkehrte. Plötzlich drangen Polizeibeamte in unsere Wohnung ein und verhörten uns. Sie nahmen unsere Personalausweise und zwangen uns, mitzukommen. Ich sagte ihnen, daß ich Journalist sei und erinnerte sie daran, daß die Polizei und auch der Premierminister in einer Vereinbarung zugesagt hätten, Journalisten fortan in Ruhe zu lassen. Ich legte sogar meine Pressekarte vor, aber all das interessierte sie nicht. Wir wurden in einen Polizeijeep verbracht. Während der Fahrt wies ich erneut auf meinen Status hin, aber auch hier wurden meine Äußerungen ignoriert. Auf dem Weg wurden noch weitere tamilische Jugendliche verhaftet. Obwohl auch Frauen darunter waren, war keine Polizistin anwesend. Wir wurden der Polizeistation übergeben. Insgesamt wurden 22 verhaftet, acht davon Frauen. Es gab zwei Zellen auf der Wache, in der sich jedoch zum Zeitpunkt unseres Eintreffens bereits mehrere Personen befanden. Die Männer wurden aufgefordert, in die Zellen zu gehen, die Frauen sollten vor den Zellen auf Bänken Platz nehmen. Sie nahmen unsere Personalien auf. Ich erklärte erneut, ich sei Journalist, aber auch jetzt erhielt ich darauf keine Reaktion. Ich sagte dann, ich wolle mich beschweren. Der Beamte sagte, das sei am nächsten Tag möglich, dann käme der OIC (Officer in Charge).

In der Männerzelle befanden sich Kriminelle, unter ihnen vier, die wegen Drogenmißbrauchs festgenommen worden waren. Die Zelle hatte eine Rinne zur Verrichtung der Notdurft. Ein Drogenabhängiger urinierte alle fünf Minuten. Es stank fürchterlich. Die ganze Nacht mußten wir hier, teilweise in Hockstellung, verbringen. Am nächsten Morgen erklärte ich erneut, ich wolle den OIC sprechen. Man erwiderte, er sei noch nicht zur Arbeit erschienen. Dann bat ich darum, mit meinen Verwandten telefonieren zu dürfen. Dieser Wunsch wurde abgelehnt. Mir wurde nicht erlaubt, überhaupt jemanden über das zu informieren, was mir zugestoßen war. Später war ich dann in der Lage, eine Nachricht an meine Angehörigen durch Personen zu senden, die auf der Suche nach ihren Verwandten in die Polizeistation gekommen waren.

Gegen 8.30 Uhr kam der OIC. Zu diesem Zeitpunkt waren drei der mit uns verhafteten Personen bereits wieder entlassen worden. Um 10.30 Uhr wurden von uns Fingerabdrücke genommen, unsere Aussagen erneut aufgenommen. Ich fragte die Beamten wieder, ob sie sich darüber im Klaren seien, daß man mich als Journalist eigentlich nicht festnehme



Seit Premadasas Tod hat sich nichts im Bezug auf eine Konfliktlösung geändert. Hier die Gedenkstätte für den ermordeten Präsidenten an der Armour Street in Colombo.

dürfe. Der OIC erklärte, ich sei mit vielen anderen bei einem allgemeinen 'round-up' festgenommen worden. Meine Aussagen wurden in sinhalesischer Sprache aufgenommen. Weil ich kein Sinhalesisch spreche weiß ich auch nicht, ob man korrekt protokollierte. Dann kamen wir wieder in die Zelle. Mehrere meiner Angehörigen waren zu diesem Zeitpunkt bereits auf der Polizeiwache erschienen, um nach mir zu suchen. Ihnen wurde in einem Gespräch mit dem OIC erklärt, man würde uns um 13.30 Uhr dem Gericht vorführen. Gegen 13 Uhr wurden wir alle fotografiert. Die Männer wurden aufgefordert, ihr Hemd auszuziehen und eine Nummer zu halten. Dann wurden wir dem Gericht übergeben. Unsere Familien hatten einen Rechtsanwalt besorgt,

durch dessen Intervention wir dann nach Zahlung einer Kautions von 750 Rupien erst einmal wieder frei kamen. Wir wurden darüber informiert, daß das Gericht erneut am 6. Juli 1993 über unsere Fälle entscheiden werde. Am 6. Juli kam es dann zu der Gerichtsverhandlung. 19 Personen, darunter acht Frauen, wurden freigesprochen. Das Argument der Polizei für unsere Verhaftung war, wir hätten keinen plausiblen Grund für unseren Aufenthalt in Colombo geben können.

Bis zu diesem Zeitpunkt sind über 8.000 Tamilen, Männer und Frauen, Alte und Kranke willkürlich verhaftet worden. Einige der Festgenommenen können furchterregende Dinge erzählen. Sie wurden für Tage und Wochen inhaftiert, andere wurden geschlagen. Viele leiden unter einem psychischen Trauma,

andere haben wichtige Verabredungen, Einstellungsgespräche etc. versäumt. Einige konnten nicht wie geplant ins Ausland reisen, andere mußten ihre geplante Hochzeit verschieben. Außer dem Geld, das als Kautions an das Gericht gezahlt werden muß, müssen die Familienangehörigen für Rechtsanwälte, Taxifahrten, Telefonate oder für die Bestechung der Polizeibeamten bezahlen.

Warum müssen Tamilen all dies erleiden? Die Tamilen, die aus dem Norden und Osten nach Colombo gekommen sind haben dies getan, um ihr Leben zu retten. Anstatt sie mit Sympathie zu empfangen und ihnen wenigstens in Colombo Sicherheit zu geben, behandelt der Staat sie in unmenschlicher Weise. Wenn man einen Blick auf die Aktivitäten des Staates wirft wird einem klar, daß alle Tamilen als Terroristen angesehen werden. Wir sehen, wie Gesetze und Verordnungen, die zum Schutz des Landes und seiner Bevölkerung erlassen wurden, gegen eine ganze Volksgruppe angewendet werden. Man kann meinen Fall als ein Beispiel nehmen: Als die Polizei in mein Zimmer eindrang wußte sie nicht, welche Person, welcher Volksgruppe, ob Mann oder Frau sie dort vorfinden würde. Alles, was sie offensichtlich wußten, war, daß dort ein Tamile lebte. Erst als sie mein Zimmer betreten waren sie in der Lage, meinen Namen, mein Alter etc. herauszufinden. Sie haben mich auf der Grundlage verhaftet, angeblich 'Verdachtsgründe' gehabt zu haben. Der einzige Grund für einen Verdacht war, daß ich Tamile bin. Ich habe alle ihre Fragen beantwortet, als sie mich verhafteten. Und trotzdem wurde in der Anklage behauptet, ich habe keine plausiblen Gründe für meinen Aufenthalt in Colombo geben können. Ich wurde verhaftet, obwohl ich der Polizei meinen Personalausweis sowie andere Beweise dafür vorlegte, daß ich ordnungsgemäß gemeldet bin. Bei einer solchen Vorgehensweise mag es den Sicherheitskräften gelingen, einen oder zwei 'Terroristen' zu fangen. Aber viele, die eine solche Behandlung nicht mehr akzeptieren können, werden dadurch erst zu Terroristen. Zumindest werden sie Verständnis zeigen für Terroristen. Wenn eine sonst rechtschaffende Person unter solchen Umständen ohne Grund verhaftet wird, in eine Zelle mit anderen Kriminellen kommt, ohne auch nur die Gelegenheit zu erhalten, seine Familienangehörigen zu informieren und schlimmsten Demütigungen ausgesetzt wird und wenn diese Person dann noch fühlt, all dies geschehe nur, weil er oder sie der tamilischen Volksgruppe angehört, dann ist es wohl sinnlos davon zu sprechen, daß alle Menschen vor dem Gesetz der Demokratischen Sozialistischen Repu-

blik von Sri Lanka gleich sind. All das zeigt auch deutlich, daß Zusagen, die Minister gemacht haben, ignoriert werden. Wenn Frauen verhaftet werden, sollte dies von Polizistinnen gemacht werden. Diejenigen, die auf Verdacht verhaftet werden, sollten nicht mit gewöhnlichen Kriminellen in eine Zelle verbracht werden. Diejenigen, die aufgrund bestehender Gesetze an einem Wohnort gemeldet sind, sollten überhaupt nicht inhaftiert werden. Aber die Polizei setzt sich über all dies hinweg. Warum werden dann all diese Versprechungen gemacht? Wahrscheinlich, um das Ausland hinters Licht zu führen? Wenn eine Person verhaftet wird, darf sie noch nicht einmal Kontakt mit den Angehörigen aufnehmen. Wenn eine Person dem Gericht vorgeführt wird und auf Kaution entlassen werden kann und wenn in einer solchen Situation niemand der Angehörigen anwesend ist der die Kaution zahlen kann, dann bleibt diese Person eben in Haft. Die Aussagen der Tamilen werden von sinhalesischen Beamten protokolliert, die normalerweise kein Tamil sprechen. Tamilen sind zudem gezwungen, ihre Unterschrift unter eine Aussage zu setzen, die sie nicht lesen und verstehen können. All dies sind Fragen, die die fundamentalen Rechte eines Bürgers betreffen".

"Tamilen sind in den südlichen Landesteilen nicht sicher", behauptet auch der Präsident der Menschenrechtsorganisation 'Movement for Interracial Justice and Equality' (MIRJE), der Sinhalese Charles Abeysekera. "Die Auffassung, die von westlichen Botschaften in Bezug auf eine angebliche Sicherheit für Tamilen im Süden vertreten wird, beruht auf einem Mythos, der nicht zuletzt von der Regierung Sri Lankas in Umlauf gebracht wird." Das Auswärtige Amt in Bonn behauptet trotz aller Vorkommnisse weiterhin zynisch: "So leben insbesondere die etwa 300.000 Tamilen im Großraum von Colombo (ca. 30 % der Bevölkerung) jetzt und seit Jahren in Sicherheit" (Schreiben vom 7.7.1993 an das Verwaltungsgericht Karlsruhe). Charles Abeysekera plädiert dafür, die europäischen Länder sollten Druck auf die Regierung von Sri Lanka ausüben, damit die repressiven Gesetze wie 'Prevention of Terrorism Act' oder 'Emergency Regulations' zurückgenommen würden.

Die gleiche Auffassung vertritt der Rechtsanwalt Kalyananda Tiranagama, Präsident der 'Lawyers for Human Rights and Development' in Colombo. "Jeden Tag kommen verängstigte Eltern zu mir und bitten darum, daß ich mich für die Freilassung ihrer Kinder einsetze. Gerade habe ich vom Fall eines Tamilen gehört, der im Juli nach zehn Jahren erstmals wieder aus der Schweiz nach Sri



Tamilen werden von den Sicherheitskräften oft schon an der Stadtgrenze von Colombo abgefangen.

Lanka gekommen ist, um zu heiraten. Man hat ihn einfach verhaftet, obwohl er sich mit einem Paß ausweisen konnte. So sind die Verhältnisse hier", meint Herr Tiranagama. Außerdem erwähnt er, daß für die Freilassung von Tamilen zum Teil viel Geld von den Eltern oder anderen Angehörigen an die Polizei gezahlt werde. "Die Angehörigen einer verhafteten Person wollen natürlich unter allen Umständen eine schnelle Freilassung erwirken, weil man Angst hat, daß noch Schlimmeres passieren könne". 5.000, 10.000 oder noch mehr Rupien als Bestechungsgeld seien nichts Ungewöhnliches, so daß für den insgesamt korrupten Polizeiapparat die Verhaftung von Tamilen nicht zuletzt auch zu einem großen Geschäft geworden sei.

Der Tamile aus der Schweiz wurde aufgrund der Anstrengungen des Rechtsanwaltes wieder aus der Haft entlassen und konnte Ende August nach Zürich zurückfliegen. Aber nicht alle haben so viel Glück wie er. "Tamilen werden hier im Süden nicht verhaftet, weil man sie verdächtigt, Mitglieder der LTTE zu sein. Sie werden inhaftiert, weil sie Tamilen sind", lautet der schwere Vorwurf, den R. Cheran vom 'International Centre for Ethnic Studies' in Colombo macht. All das passiert, obwohl eine Ende Juni 1993 zwischen dem tamilischen Minister Thondaman und Präsident Wijetunga zustande gekommene

Vereinbarung die willkürliche Verhaftung von Tamilen beenden sollte.

Die Lösung ist überfällig

Wie geht es weiter in Sri Lanka? Ginge es nach der Mehrheit der Bevölkerung Sri Lankas, dürfte eine Lösung nach mittlerweile 15jährigem Bürgerkrieg nicht mehr länger auf sich warten lassen. Schätzungsweise 100.000 Menschen haben seit Beginn der 80er Jahre ihr Leben verloren. Alle Seiten sind ausgezehrt, die Wirtschaft des Landes leidet unter dem aufgeblähten Verteidigungsapparat. Ohne den Krieg im Land und die riesigen Summen, die er verschlingt, hätte Sri Lanka die allerbesten Voraussetzungen, innerhalb kürzester Zeit zu einem sogenannten Schwellenland zu werden. Die Realität sieht jedoch so aus, daß mehr als 100.000 Menschen allein im Norden und Osten Sri Lankas ihre Beschäftigung verloren haben. Die Region trage kaum noch was zum Volkseinkommen des Landes bei, betonte kürzlich Dr. W. Nithianandan, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität von Jaffna.

Hinweis: Zur Situation in Sri Lanka kann über das Südasienbüro ein aktueller Lagebericht (September 1993) bezogen werden, der von Walter Keller geschrieben wurde. Preis: 25,- DM